

IM PLENUM: WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG



Wir erleben gerade einen Boom auf dem **Arbeitsmarkt** in NRW. Diese Entwicklung will die NRW-Koalition mit ihrer Politik weiter antreiben. Wir wollen Wachstum und Beschäftigung fördern, indem wir mit unseren Entfesselungspaketen unnötige Bürokratie abbauen und zum Beispiel Gründungen von Unternehmen erleichtern. Gerade auch Gründungen aus der Arbeitslosigkeit bieten eine Chance zum Aufbau einer Existenz.

Wir müssen aber auch Warnsignale auf dem **Ausbildungsmarkt** erkennen. Die NRW-Koalition will dazu den Ausbildungskonsens wiederbeleben. Unser Ziel muss auch für den verfestigten Kern von Langzeitarbeitslosen die Integration in den ersten Arbeitsmarkt bleiben. Die NRW-Koalition setzt dabei auf eine marktnahe Förderung von Beschäftigung.

INTEGRATIONSPAUSCHALE



Der vorläufige Jahresabschluss des Landeshaushalts 2017 hat deutliche finanzielle Verbesserungen ergeben. Daher wird ein Teil der Bundesmittel aus der **Integrationspauschale**

an die Kommunen weitergeleitet werden. Die Entscheidung der NRW-Koalition zeigt deutlich, dass wir die **Kommunen** in unserem Land finanziell besserstellen wollen. Rot-grün hatte die Weiterleitung versagt. Neben der Weiterleitung haben wir weitere Projekte zur Integrationsarbeit vor Ort finanziell gestärkt: "Griffbereit", "Rucksack Kita", "Rucksack Schule".

VIRTUELLES MUSEUM



Kurz vor der Weihnachtspause war ich zu Besuch beim **Heimatverein** der

Erkelenzer Lande und hab mich dort über das Projekt "Virtuelles Museum der verlorenen Heimat" informiert. Durch die Arbeit des Vereins kann die Geschichte der Erkelenzer Lande auf Dauer bewahrt werden. Die **Heimat** bleibt erlebbar – für die Menschen, die sie verlassen müssen, für ihre Nachfahren und für alle, die wissen wollen, was vor dem ‚Loch‘ da war.

IM PLENUM: FÜR EINE ZIELGERICHTETE SOZIALPOLITIK



Einer der großen Herausforderungen ist die Armut von Kindern und Jugendlichen. Das **Armutsrisiko** in NRW liegt höher als in den anderen westdeutschen Flächenländern. Neben Investitionen in Schulen und Kinderbetreuung sehen wir deshalb die Notwendigkeit, auch Mittel für Programme zur Unterstützung von einkommensarmen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in besonders benachteiligten Quartieren weiter einzuplanen. Den Gesamtansatz zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung haben wir

sogar aufgestockt. Bei der Bekämpfung von **Kinderarmut** spielt auch die Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle. Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes soll sie dabei helfen, dass diese Leistungen auch bei denen ankommen, die auf sie angewiesen sind. Deshalb haben wir die Schulsozialarbeit bis 2021 gesichert. All dies zeigt: Wir stehen für eine zielgerichtete Sozialpolitik.

IM PLENUM: KLAR AUFGESTELLTE INTEGRATIONSPOLITIK



Die NRW-Koalition will unser Land zum Motor einer klar aufgestellten **Integrationspolitik** machen. Unser Ziel ist, allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft Chancen auf sozialen Aufstieg zu eröffnen und umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu brauchen wir aber mehr Verbindlichkeit bei der Integration gerade im Hinblick auf die

Wertevermittlung. Wir sichern daher die Arbeit der Kommunalen Integrationszentren als zentrale Akteure der Integrationsarbeit und setzen die Förderung von KOMM-AN und des Sonderprogramms zur Einwanderung aus Südosteuropa fort.

BESUCH IM LANDTAG



Kurz vor Weihnachten durfte ich meine zweite **Besucherguppe** begrüßen. Nach der Führung durch den Landtag stand natürlich wieder

eine gemeinsame Diskussionsrunde auf dem Programm. Die Besuchergruppe war recht bunt zusammengesetzt. So reichten die Themen vom Sozialscheck, über Schulsozialarbeit bis hin zum Islamismus. Die **Vielfalt** war spannend und man hätte die angesetzte Stunde locker verlängern können. So kurz vor den Weihnachtstagen erhielt die Besuchergruppe nicht nur die obligatorische Einkaufstasche der FDP-Landtagsfraktion, sondern auch einen kleinen fair gehandelten Schoko-Nikolaus.

AUF STREIFE

Die innere **Sicherheit** hat für die FDP einen hohen Stellenwert. Um einen realistischen Einblick in die Arbeit der Polizei zu bekommen habe ich eine



Spätschicht der Heinsberger Polizei begleiten dürfen. Gerade vor dem Hintergrund der Debatte über Angriffe auf **Einsatzkräfte** und mangelnden Respekt gegenüber der Polizei war die Streifenfahrt eine Gelegenheit zum Dialog mit den Beamten und ich habe viele neue Einblicke erhalten. Unsere Beamten im Einsatz brauchen mehr denn je die volle Rückendeckung der Politik. Hier können sie auf uns Freie Demokraten zählen.

IM PLENUM: KONSTRUKTIVE LÖSUNGEN FÜR BÜRGER

Der Landtag debattierte auf Antrag der Grünen über die Schaffung eines Hilfsfonds für **Flüchtlingsbürgen**. Die individuellen Belastungen sind in vielen Fällen nur schwer zu tragen und bringen die Bürgen an den Rand des Existenzminimums. Wir sollten nicht vergessen: Die damalige rot-grüne Landesregierung war dafür verantwortlich, dass Menschen eine Verpflichtungserklärung abgegeben haben, ohne dass sie über die Konsequenzen ausreichend informiert wurden. Wir setzen auf den vorhandenen Ermessensspielraum und eine bundesrechtliche Lösung. Hilfsbereitschaft und



Engagement für das Gemeinwohl dürfen nicht zur Gefährdung der eigenen Existenz führen. Der Antrag ist somit zwar gut gemeint, aber letztlich nicht zielführend. Wir werden uns aber weiter für konstruktive Lösungen einsetzen.

Meine Kontaktdaten :

stefan.lenzen@landtag.nrw.de | T: 0211 / 884 - 4408 | F: 0211 / 884 - 3677

IM PLENUM: NEUORDNUNG STATT RESENTIMENTS



Der Landtag von NRW debattierte über **Altersfeststellungen** bei unbegleiteten Minderjährigen. Die selbsternannte Alternative nutzte die Debatte für Verallgemeinerungen und Ressentiments. Welche Rolle spielt es eigentlich, dass die Mehrheit der unbegleiteten Minderjährigen aus islamisch geprägten Ländern stammt? Keine!

Die Freien Demokraten verschließen nicht die Augen vor den Problemen. Wir setzen dabei aber auf **Rechtsstaatlichkeit** und Expertenwissen. Eine Expertenkommission aus Juristen und Ärzten soll gemeinsame Standards für Bund und Länder erarbeiten. Das macht das Verfahren transparenter, fairer und effizienter. Die Menschenwürde steht für uns nicht zur Debatte.

MASTERPLAN STRAßEN



Der Verkehrsminister hat Anfang des Jahres den **Masterplan** zur Umsetzung des Fernstraßenbedarfsplans vorgestellt.

Mit einem vordringlichen Bedarf wurden die Ortsumgehung Scherpenseel und die B 221 Geilenkirchen-Heinsberg in den Masterplan aufgenommen. Im **Arbeitsprogramm 2018** finden zudem die Ortsumgehung Düren-Nord (B 399) und die Ortsumgehung Unterbruch (B 221) Berücksichtigung. Der Investitionsstau beim Straßenbau ist groß. Ich freue mich, dass wichtige Projekte im Kreis Heinsberg und im Kreis Düren berücksichtigt werden. Das ist ein klares Signal der NRW-Koalition an den ländlichen Raum.

SICHERHEIT IN ERKELENZ

Die Grünen fordern von Land und Kreis mehr **Polizeipräsenz** in den Umsiedlerorten in Erkelenz.

Ausgerechnet die Grünen!

Sieben Jahre waren sie in NRW an der Regierung. Die personellen Engpässe sind das Ergebnis verfehlter rot-grüner Personalpolitik bei der Polizei. Die NRW-Koalition, hat dagegen noch im letzten Jahr die **Einstellungszahlen** der Kommissarsanwärter von 2.000 auf 2.300 erhöht und über sechs Millionen Euro zusätzlich für die Anschaffung von Ausrüstung bereitgestellt. Im aktuellen Haushalt investiert Schwarz-Gelb sogar 170 Millionen mehr in die innere Sicherheit. Dies wird auch zu einer Stärkung in Erkelenz führen.



IM PLENUM: SELBSTBESTIMMUNG BEI ARBEITSZEITEN

Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt grundlegend verändern. Die Antwort der Sozialdemokraten auf diese Zukunftsfrage lautet mehr gesetzliche Regulierung. Die Freien Demokraten setzen dabei auf mehr **Flexibilität und Selbstbestimmung**. Aus unserer liberalen Sicht bietet die digitale Arbeitswelt den Menschen mehr Chancen, selbstbestimmt zu arbeiten, sich Arbeitszeit, Arbeitsort und Organisation selber einzuteilen.

An die Stelle einer klassischen abhängigen Beschäftigung treten freiere Formen der Arbeitsgestaltung. So können die Beschäftigten auch ihre Arbeit mit Familie, Weiterbildung und Freizeit besser vereinbaren. Die NRW-Koalition wird über die geplante **Bundesratsinitiative** den Spielraum für Vereinbarungen der Tarifpartner zu flexiblen Arbeitszeiten ausweiten.

